

32

82

# Union in Deutschland

Bonn, den 21. Oktober 1982

## Am 6. März wird gewählt

Am 6. März wird gewählt. Daran gibt es keinen Zweifel. Wir wollen diese Neuwahlen, weil wir den Vertrauensbeweis unserer Mitbürger suchen, wir wollen eine Vertrauensabstimmung, erklärte Helmut Kohl am Schluß der Debatte des Bundestages über seine Regierungserklärung. Der Bundeskanzler sagte u. a.:

Wir stehen am Ende einer dreitägigen Debatte über die Regierungserklärung der neuen Bundesregierung. Es waren drei Tage, die naturgemäß nach den politischen Ereignissen der letzten Wochen aufwühlende Reden und Stunden enthielten. Ich habe mich bemüht, in diesen drei Tagen zuzuhören. Ich habe mich bemüht, auch die Anregungen und die konstruktive Kritik, die gekommen ist, in mich und in unsere Arbeit aufzunehmen.

Eine Regierung, die von sich selber sagt und in Anspruch nimmt, eine Regierung, eine Koalition der Mitte begründen zu wollen, muß die Fähigkeit haben, Kritik zu ertragen, zuzuhören und hinzuzulernen.

Das zweite, was ich sagen möchte, vor allem an die Adresse der beiden Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen von FDP und CDU/CSU, der Kollegen Mischnick und Dregger, ist ein Wort des Dankes — auch für meine Kollegen in der Regierung — für die

(Fortsetzung auf Seite 2)

Für die Aktion  
**Regierungserklärung  
Bundeskanzler  
Helmut Kohl**

liegen jetzt sämtliche Materialien vor. Ausführliche Vorstellung mit Abbildungen und Bestellformular im rosa Teil. Außerdem ein wichtiger Hinweis zum Mitgliederwerbeprospekt.

Für eine Politik  
**der Erneuerung**

Musterrede zur Regierungserklärung — im grünen Teil

### ■ DEBATTE

Programm der Konzentration:  
Weichen zur Erneuerung gestellt  
Seite 5

### ■ ARGUMENTE

Schmidt sollte lieber schweigen  
Seite 9

„Dolchstoßlegende“ ist widerlegt  
Seite 11

### ■ GEWERKSCHAFTEN

Hat der DGB die Ursachen der Krise schon vergessen? Seite 13

### ■ FRAKTION

Die Zusammensetzung der Fraktionsführung  
Seite 14

(Fortsetzung von Seite 1)

Unterstützung, für die wohlwollende kritische Wegbegleitung, die sie uns zugesagt haben.

**Gehen Sie bitte davon aus, daß die von mir geführte Bundesregierung weiß, was Koalition heißt: daß man dem anderen nicht zumuten darf, was man nicht selbst zugemutet haben möchte. Zusammenarbeit zwischen Koalitionsfraktionen und Regierung heißt, daß ein partnerschaftliches Verhältnis und kein Verhältnis irgendeiner Abhängigkeit von der einen oder der anderen Seite gegeben ist.**

Das Dritte, was ich sagen möchte, ist ein Wort — ich möchte es ganz persönlich sagen — an den Kollegen Brandt, auch in der gemeinsamen Eigenschaft als Parteivorsitzende. Herr Kollege Brandt, zum Thema Neuwahlen will ich nur noch einmal wiederholen, was ich hier gesagt habe: Es bleibt beim 6. März 1983. Ich habe Sie eingeladen — und ich habe es dankbar empfunden, daß Sie, wenn ich Ihre Formulierung richtig verstehe, diese Einladung angenommen haben —, gemeinsam mit den anderen Fraktions- und Parteivorsitzenden Gespräche über dieses Thema aufzunehmen.

Herr Brandt, Sie haben moniert — wir wollen jetzt vor dem Forum der deutschen Öffentlichkeit ganz offen miteinander reden —, daß ich nicht in allen Einzelheiten Vorschläge gemacht habe. Ich habe das bewußt nicht gemacht, obwohl ich es tun könnte und tun kann; denn ich will Gespräche.

Gespräche aber setzen voraus, daß ich nicht zu Beginn dieser Gespräche das Prestige der Regierung einbringe und Ihnen dann im Guten oder im Bösen — wir wollen es abwarten — vielleicht die Gelegenheit gebe, leichter ja oder leichter nein

zu sagen. Sinn von Gesprächen ist, daß man miteinander redet. Ich habe Sie dazu eingeladen.

**Wenn ich Ihre Plakate und Ihre öffentlichen Äußerungen richtig interpretiere, kann es gar keinen Zweifel geben, daß es im Deutschen Bundestag nur eine einzige starke Willenserklärung gibt: Wir wollen diese Wahlen haben. — Und wir werden sie haben!**

Herr Kollege Brandt, ich karte auch nicht nach; denn alles das, was Sie an Verfassungsempfehlungen und -überlegungen hier mit in die Debatte einbrachten, hätte mein geschätzter Amtsvorgänger von dieser Stelle aus praktizieren können.

Bundeskanzler Helmut Schmidt, Herr Kollege Brandt, hatte es in der Hand, Neuwahlen in Gang zu setzen. Er war nicht bereit, im Rahmen der gegebenen Verfassungslage das Thema Neuwahlen anzugehen, sondern er war dazu nur auf dem Wege über Absprachen neben der Verfassung her bereit.

Ein weiterer Punkt: Herr Kollege Brandt, ich verstehe, daß Ihnen das Wort „Bundesregierung“ in unserem Zusammenhang nur schwer über die Lippen geht. Ich habe auch nichts dagegen, wenn Sie von einer „Übergangsregierung“ sprechen. Ich habe auch nichts dagegen, wenn Sie hier den Kollegen Strauß zitieren. Das ist in diesem Zusammenhang wirklich ganz und gar in Ordnung, wenn Sie das tun.

**Vor Ihnen steht aber kein Übergangskanzler, Herr Kollege Brandt. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.**

Weil ich gesagt habe, daß ich diese Neuwahlen will, will ich auch noch einmal sagen, warum — von allem anderen abgesehen —: Ich, die Koalitionsfraktionen und die von mir geführte Regierung wollen diese Neuwahlen, weil wir den Vertrauensweis unserer Mitbürger suchen. Wir wollen eine Vertrauensabstimmung.

**Herr Kollege Brandt, gibt es eigentlich in der parlamentarischen Geschichte der deutschen oder irgendeiner anderen Demokratie einen legitimeren, einen faireren, einen ehrlicheren Vorschlag einer Regierung als den, in einer ganz gewiß schwierigen Lage vor das Volk hinzutreten, dem Volk Opfer zuzumuten, und zu sagen: Jetzt wollen wir dennoch wählen — weil wir die Wahrheit zur Wahl stellen wollen?**

Ich sage das nicht nur an Ihre Adresse, ich sage das an die Adresse so vieler gutwilliger Mitbürger, auch Wähler aus dem Lager der Union und der FDP, ja, auch meiner eigenen politischen Freunde, bis in dieses Haus, in die Bundestagsfraktion, oder in die Parteiführung der Union hinein: Wir haben gar keinen Grund zum Kleinmut. Herr Brandt, Sie haben recht: Es ist zuviel taktiert worden. Hier wird eben nicht taktiert.

Hier steht eine Regierung vor Ihnen, hier steht ein deutscher Bundeskanzler vor Ihnen, der den Leuten nicht sagt, es sei alles gut, es werde noch besser, sondern der den Leuten die Wahrheit sagt, der die Lösungsmöglichkeiten vor sie hinstellt, der sagt: Wir müssen Opfer bringen, und dennoch bitte ich bei dieser nächsten Wahl um euer Vertrauen.

**Wir werden nicht vor die Wähler treten und, wie Sie es 1976 und 1980 getan haben, die Probleme verniedlichen. Wir werden sie auch nicht dramatisieren. Beides bringt uns nichts. Wir werden versuchen, die Wahrheit zu sagen, die Wahrheit über die wirkliche Lage in der Welt und in der Bundesrepublik Deutschland.**

Herr Brandt, Sie haben dann — das ist doch völlig in Ordnung — die Hoffnung ausgesprochen, daß Sie sich dann nach der Wahl als die stärkste Fraktion hier wie-

derfinden. Nun, Herr Kollege Brandt, das Prinzip Hoffnung ist ein wichtiges Prinzip. Die Geschichte der parlamentarischen Demokratie hat Ihnen allerdings gezeigt, daß Ihnen persönlich — nicht Ihrem Nachfolger — nur ein einziges Mal dieser Vorteil der parlamentarischen Entscheidung zukam.

Lassen Sie uns doch jetzt ohne Streit — Streit gibt es im Wahlkampf genug — in diese Wahl gehen. Lassen Sie uns doch gemeinsam an den Wähler appellieren. Der Wähler wird über die Mehrheit entscheiden. Ich sehe dieser Entscheidung mit großer Ruhe entgegen.

**Ich bin damals im Jahre 1976 — in einer schwierigen Lage der Union —, nicht von Bonn aus, angetreten und habe es mir zugetraut. Ich habe mit 48,6% ein Ergebnis erreicht, das das zweithöchste Ergebnis in der deutschen Parlamentsgeschichte ist. Ich traue mir ein noch besseres Ergebnis von diesem Platz aus zu. Das nur, damit wir ganz klar sehen, wie wir an das Thema herangehen.**

Aber, Herr Kollege Brandt, wir werden natürlich den Bürgern auch sagen, was sich in diesen Jahren im Lande ereignet hat. Wir werden davon sprechen, welche Erblast wir von Ihnen übernommen haben. Wir werden den Bürgern sagen, was zu tun ist, um die Krise des Landes zu meistern.

Die Leute erwarten Rechenschaft von Ihnen, Herr Brandt. Sie haben in diesen 13 Jahren regiert.

Sie haben versagt. Das muß deutlich werden.

Wer von den Arbeitnehmern redet, muß, wenn er das Ganze im Blick hat, genauso von den Unternehmern, von den Beamten, von den Angestellten, von den Leuten aus dem Mittelstand, von den Bauern, von den Jungen, von den Alten, von den Schülern

und Studenten reden. Wir wollen nicht — Blüm hat richtig davon gesprochen — zur Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts zurück.

**Wir wollen nicht, daß die geballte Faust des Genossen, sondern die ausgestreckte Hand des Partners Symbol für unsere Zeit und für die Zukunft ist.**

Was das politische Votum der Arbeitnehmerschaft in der Zukunft anlangt, so bin ich ganz sicher, daß diese Arbeitnehmerschaft auf Grund der immer größer werdenden Einsicht nicht bereit sein wird, Ihren Weg zu grünen fernen Höhen mitzugehen. Wer diesem Weg zu einer Jeinsager-Bewegung folgen wird — denken Sie nur an die Energievorsorge, um nur ein Beispiel für viele zu nennen —, wird unter der Arbeitnehmerschaft gewiß nicht den ersten Zuspruch finden.

Noch ein Wort an die Kollegen der SPD insgesamt. Viele Ihrer Beiträge — wie ich ausdrücklich einräumen will: nicht alle — in dieser Debatte waren von einer unübersehbaren Verbitterung geprägt. Ich sage das ohne Häme: Das ist verständlich. Die sozialdemokratische Fraktion braucht natürlich Zeit — wir wissen das nur zu gut aus eigener Erfahrung —, sich in die Rolle der Opposition hineinzufinden. Opposition erfordert eben mehr, als nur eine verhinderte Regierungspartei zu sein. Opposition erfordert eigenen Stil und eigene Formen, erfordert Maß und auch Würde.

**Wenn Sie aber Kritik durch Zorn ersetzen, dann ist das keine gute Kritik. Wenn etwa in diesen Tagen gegen einzelne Mitglieder dieses Hauses förmlich eine Vernichtungsstrategie geführt wird, wenn Kollegen, die sich um das Vaterland verdient gemacht haben, persönlich herabgesetzt werden, dann ist das etwas, was für mich im Wörterbuch eines Demokraten keinen Platz hat.**

Denn Haß ist ein schlechter Ratgeber. Haß ist im privaten Leben ein schlechter Ratgeber, und Haß ist in der Politik ein miserabler Ratgeber. Wir haben genug Gelegenheit, uns hart und kritisch auseinanderzusetzen: über die wirtschaftliche Lage, über die unterschiedliche Betrachtung der Wege, die zum Ziel führen.

Wir wollen in dieser neuen Phase in der Geschichte unserer Bundesrepublik Deutschland eine Gesellschaft mit einem menschlichen Gesicht. Zum menschlichen Gesicht gehört für mich, daß wir — wie immer wir politisch denken und auch handeln mögen — zunächst nicht dazu aufgerufen sind, neue Gräben aufzureißen, sondern Gräben zuzuschütten, aufeinander zuzugehen.

Das ist es, was wir in diesem Augenblick brauchen, wenn wir Frieden nach draußen stiften wollen. Man kann dem Frieden in der Welt nicht dienen, wenn man nicht bereit ist, dem Frieden im eigenen Lande zu dienen.

Hören wir doch damit auf, uns gegenseitig zu bestreiten, daß wir mehr oder weniger für den Frieden oder mehr oder weniger für liberale Geisteshaltung des Bürgers im Land seien. Ich habe in diesen ganzen Jahren meiner Zugehörigkeit zu diesem Haus nie davon gesprochen.

**Wir wollen in dieser Koalition der Mitte in diesem schweren Winter, der uns bevorsteht, unsere ganze Kraft dafür einsetzen, daß die wirtschaftliche Talfahrt gestoppt wird, daß die Arbeitslosigkeit abgebaut wird, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden und vor allem, daß junge Leute Ausbildungsplätze bekommen. Wir wollen uns mit ganzer Kraft dafür einsetzen und mit ganzer Kraft dafür arbeiten, daß wir unseren Beitrag in der uns geschenkten Zeit leisten, den Frieden in Freiheit zu sichern: für unser Volk, für Europa und weltweit.**

## ■ DEBATTE ÜBER REGIERUNGSERKLÄRUNG

# Programm der Konzentration: Weichen zur Erneuerung gestellt

**Die dreitägige Bundestagsdebatte über die erste Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Fronten geklärt, die Richtung gewiesen, das Tempo bestimmt. Nachfolgend Auszüge aus den Reden führender Unionspolitiker:**

**ALFRED DREGGER**

## Schmidt ist ein gescheiterter Kanzler

Nicht die Freien Demokraten haben Helmut Schmidt verraten, sondern er selbst sah sich gezwungen, Schritt für Schritt die eigenen Überzeugungen und die Absprachen mit dem Koalitionspartner zu verraten. Als es auf dem Münchner Parteitag darum ging, gegen unsinnige Steuererhöhungsexzesse Front zu machen, hat er geschwiegen. Er hat es dem damaligen Bundesfinanzminister Matthöfer überlassen, allein und deshalb auch vergeblich gegen diesen wirtschaftlichen Unverstand Front zu machen.

Was für die Wirtschafts- und Finanzpolitik gilt, gilt doch auch für die Außen- und Sicherheitspolitik. Wenn Helmut Schmidt sich selbst und seiner Koalitionsabsprache treu geblieben wäre, hätte er doch den von ihm selbst erfundenen NATO-Doppelbeschluß in seiner Partei nicht in Zweifel ziehen lassen, und er hätte sich auch selbst nicht so verhalten, daß es zu Irritationen im Bündnis gekommen ist. Helmut Schmidt ist kein Verräter, er ist ein gescheiterter Kanzler. Das ist die

Wahrheit. Er ist zunächst und vor allem an seiner eigenen Partei gescheitert, zuletzt aber auch an eigener Schwäche.

Die Regierungserklärung von Helmut Kohl ist ein Programm der Konzentration auf das Wesentliche und auf das in den Monaten bis zum 6. März Notwendige, das allerdings die geistigen und moralischen Aspekte nicht unerwähnt gelassen hat.

**Erstens.** Bis zum 6. März nächsten Jahres kann die neue Regierung die zerrütteten Staatsfinanzen nicht sanieren und die dramatisch steigende Massenarbeitslosigkeit nicht stoppen. Sie kann nur erste Notmaßnahmen ergreifen und erste Weichen in eine bessere Zukunft stellen, um in Ordnung zu bringen, was in vielen Jahren durch völlige Fehleinschätzung der Wirklichkeit durch Unfähigkeit, auf Herausforderungen, die von außen an uns herankamen, zu reagieren, und durch ideologische Verblendung in Unordnung gebracht wurde. Das, was in vielen Jahren angeordnet worden ist, kann nicht in wenigen Monaten wieder in Ordnung gebracht werden. Dazu ist mindestens eine ganze Legislaturperiode notwendig, die es ohne Neuwahlen nicht geben wird.

**Zweitens.** Wenn der Karren so tief im Dreck steckt wie jetzt, fehlen ganz einfach die Ressourcen, mit denen jetzt überall das getan werden könnte, was theoretisch richtig wäre. Theoretisch richtig wäre es jetzt, die Steuern zu senken, um Anreize für Investitionen zu geben, ferner die staatlichen Kreditaufnahmen zu verringern, um der Bundesbank einen größeren

Spielraum für Zinssenkungen zu geben, und schließlich die staatlichen und kommunalen Investitionsausgaben zu erhöhen, um damit die Ausfälle, die es in der Privatwirtschaft gibt, auszugleichen.

Zur Zeit geschieht auf allen drei Feldern das genaue Gegenteil. Es ist auch nicht möglich, das ruckartig auf allen Feldern zu ändern, weil die Kassen leer sind, weil die Neuverschuldung dramatisch steigt, weil allein die Zinslast der alten Schulden zur Aufnahme von neuen Schulden zwingt und weil der große Block der staatlichen Personalausgaben und der Transferleistungen uns jeden Handlungsspielraum genommen hat.

**Drittens.** Die Regierung muß jetzt zwei Dinge gleichzeitig tun, die sich beinahe gegenseitig ausschließen. Sie muß die immer schneller werdende Fahrt in den finanziellen Abgrund bremsen, um sie schließlich stoppen zu können, und sie muß, was noch wichtiger ist, gleichzeitig der steigenden Massenarbeitslosigkeit entgegentreten, um sie zunächst zu bremsen, dann zu stoppen und schließlich zur Vollbeschäftigung zurückzuführen. Ohne Vollbeschäftigung gibt es keine durchgreifende Sanierung der Staatsfinanzen, und ohne erste Erfolge in der Sanierung der Staatsfinanzen gibt es keine Vollbeschäftigung. Das zeigt den schmalen Grat, auf dem wir uns bewegen müssen, und die schwere Erblast, die uns zwei SPD-Kanzler hinterlassen haben.

**Viertens.** Arbeitsplätze fallen weg, wenn sie unrentabel werden. Das gilt unmittelbar für die Arbeitnehmer der Privatwirtschaft; es gilt schließlich auch für den öffentlichen Dienst, wenn dieser von der Volkswirtschaft nicht mehr finanziert werden kann. Die Schuldenaufnahmen, die seit Jahren notwendig sind, um laufende Ausgaben zu finanzieren, machen deutlich, daß diese Grenze inzwischen erreicht ist.

Nach den Berichten der Deutschen Bundesbank aus den letzten Jahren haben die Rentabilität und die Eigenkapitalquote der deutschen Wirtschaft einen Tiefstand erreicht. Wer die Konkurswelle und mit ihr die Massenarbeitslosigkeit stoppen will, darf daher unsere Unternehmen nicht weiter belasten. Die Belastungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist von der SPD wirklich getestet, ja über das erträgliche Maß hinaus ausgereizt worden.

**Fünftens.** Wenn sich die deutschen Arbeitnehmer zum ersten Male nach dem Kriege steigender Massenarbeitslosigkeit und sinkenden Reallöhnen ausgesetzt sehen, sollten sie sich bei denen bedanken, die den technischen Fortschritt in unserem Lande blockiert und die anderen Kosten in die Höhe getrieben haben. Es gibt nur einen Weg zur Vollbeschäftigung: Rückkehr Deutschlands an die Spitze des technischen Fortschritts, was auch unsere Bildungs- und Forschungspolitik berührt. Wir müssen unsere zum Teil kaputtreformierten Universitäten wieder instand setzen, um wissenschaftliche Höchstleistungen zu erbringen.

## GERHARD STOLTENBERG

### Die Koalition der Mitte handelt

**Nur 80 Tage vor dem Beginn des Jahres 1983 sind wir gewillt und entschlossen, in kürzester Zeit die dringendsten Entscheidungen zu treffen: für die Wiederbelebung der Wirtschaft, für die Wiederbelebung besonders des Wohnungsbaus, für die steuerliche Entlastung auch der Betriebe in einer ersten Stufe und, was besonders schwerwiegend ist, für die Verringerung des strukturellen Defizits beim Bundeshaushalt 1983 über die SPD-Beschlußlage hinaus um mehr als 5,5 Milliarden DM, d. h. nach einer ersten**

## Über 5 000 neue Mitglieder

Der neue Anfang der Koalition der Mitte unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl stößt bei der Bevölkerung von Tag zu Tag auf größere Zustimmung. Dies zeigt sich nicht zuletzt an der wachsenden Zahl von Bürgern, die sich zum Eintritt in die CDU entschließen. Allein seit dem 17. September, also in knapp einem Monat, sind 5 065 neue Mitglieder hinzugekommen. An der Spitze der Landesverbände mit den meisten Neuzugängen liegen die Landesverbände Rheinland, Westfalen-Lippe und Hessen. Der Mitgliederstand der CDU hat damit insgesamt knapp die Grenze von 715 000 erreicht. Gemeinsam mit der CSU sowie den Vereinigungen erreicht die Union damit eine Mitgliederstärke von mehr als einer Million.

Dies ist ein überzeugender Beweis für das Vertrauen in eine Politik, die unser Land aus der Wirtschafts- und Sozialkrise herausführen wird. Bundeskanzler Helmut Kohl hat mit seiner Regierungserklärung den Weg vorgezeichnet. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat unmittelbar nach der Rede damit begonnen, in einer großangelegten Aktion diese Regierungserklärung und die Politik der CDU offensiv gegenüber den Bürgern zu vertreten. (Siehe UfD 31/1982 und 32/1982).

### **Schätzung, die noch verfeinert werden muß, eine Entlastung von Bund, Ländern und Gemeinden in der Größenordnung von acht bis neun Milliarden DM.**

Natürlich tun wir das, um die Nettoverschuldung zu begrenzen, aus der Sorge um den Zielkonflikt und mit der vorrangigen Hoffnung, daß die Entwicklung der Kapitalmärkte der Bundesbank den Spielraum eröffnet, möglichst bald und hoffentlich dann weiter im nächsten Jahr die Zinsen zu senken. Die Frage, ob die Bundesbank, deren Autonomie wir nicht nur formal, sondern auch inhaltlich anerkennen, in ihrer autonomen Entscheidung die Unterstützung durch die staatliche Haushalts- und Finanzpolitik sieht, ist von entscheidender Bedeutung in den ökonomischen und auch in den sozialen Auswirkungen.

Natürlich haben wir in der CDU/CSU-Fraktion eine lange Debatte über die vorgesehenen Einschränkungen — man kann ja nicht von einer generellen Kürzung spre-

chen — und Korrekturen beim Kindergeld gehabt. Ich habe in dieser Debatte darauf hingewiesen, daß — dies sind geschätzte Zahlen, aber in der Größenordnung stimmen sie —, so bitter auch für die Besserverdienenden eine Einschränkung beim Kindergeld ist, für die Millionen, die in den letzten Jahren Häuser gebaut haben — und das sind ja nicht nur die großen Villen, sondern auch die Kleinsiedlungen, und das sind ja auch Arbeiter, die entscheidend am Familienheimbau beteiligt waren — z. B. die Frage der Hypotheken mit Gleitzinsen wichtig ist.

Die Frage, ob die Bundesbank in der staatlichen Finanzpolitik eine Unterstützung sieht, die Zinsen um ein Prozent zu senken, bedeutet für das Familieneinkommen, für die Belastung dieser Menschen gerade in den mittleren und unteren Einkommensgruppen 150, 200, 250 DM im Monat und ist viel wichtiger als manches, was wir im Für- und Miteinander an Korrekturen an direkten staatlichen Transferleistungen sehen.

Diesen ernsthafteren und vertiefteren Zusammenhängen der Wirkungen staatlicher Haushaltspolitik auch in ihrem unangenehmen Teil der Kürzung muß sich in den kommenden Monaten die SPD in einer ernsthafteren Form stellen als mit den Holzhammer- und Schlagtotmethoden der Herren Ehmke und Apel.

NORBERT BLÜM

## Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist oberstes Gebot

**Das A und O unserer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Alles, was diesem Zweck nicht nützt, muß jetzt zurückgestellt werden. Jeder, der etwas anderes will, ist jetzt nicht an der Reihe. Arbeitslosigkeit ist Leid, menschliches Leid, und wirtschaftlicher Verlust. Ohne Arbeit gibt es keine soziale Sicherheit. Die Rente wird von den Beiträgern der Arbeitenden bezahlt: Je mehr Arbeitslose, um so weniger Beitragszahler, je weniger Beitragszahler, um so weniger Geld in der Rentenkasse.**

Wenn zwei Millionen Mitbürger, die jetzt arbeitslos sind, Arbeit hätten, dann würden sich in der Rentenkasse fünf Milliarden DM mehr befinden. Dann brauchten wir all das nicht, was jetzt sehr schmerzlich ist. All das wäre nicht nötig, gäbe es nicht hohe Arbeitslosigkeit.

Zwei Millionen Arbeitslose kosten die Allgemeinheit 50 bis 60 Milliarden DM. Das Sozialprodukt vermindert sich um 100 Milliarden DM. Allein die Bundesanstalt für Arbeit muß 1982 25 Milliarden DM an Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe zahlen. Was könnten wir alles für die Familien, für die Behinderten, für die Kriegsoffer

machen, müßten wir das Geld nicht für die Arbeitslosen ausgeben!

Ich verstehe auch gar nicht, weshalb Sie uns jetzt für die Arbeitslosigkeit und für das, was notwendig ist, beschimpfen. Sie können doch nicht die Reparaturwerkstatt für den Unfall verantwortlich machen! Wir legen eine Atempause ein. Ich sehe diese Atempause mit drei Zielen verbunden.

**Erstens:** Sie gibt uns eine Chance, aus der Hektik einer sich ständig ändernden Gesetzgebung auszusteigen und erst einmal Übersicht im Tumult der Vorschläge zu gewinnen. Um ein Wort meines verehrten Kollegen Schmidt (Kempten) aufzunehmen, der einmal von der Flickschusterei gesprochen hat: Ich halte eine Atempause für besser als Flickschusterei.

**Zweitens** ist diese Atempause auch ein Zeitgewinn, mit dem wir Kraft schöpfen, Schulden abzubauen, Geld überhaupt erst wieder anzusammeln und uns — wie im privaten Leben, so auch in der Politik, auch in der Sozialpolitik — vor Erschöpfung zu bewahren. Die Atempause ist eine Erholungspause.

**Drittens:** Sie ist eine Einübung in eine Gesellschaft, die Fortschritt nicht allein von Wohlstandsmehrung abhängig macht, die vielmehr Erreichtes zu erhalten sucht. Ich finde, bereits das ist der Anstrengung wert.

Daß wir die Anpassung der Renten, Kriegsoffer- und Unfallrenten, Lastenausgleichsrenten, der landwirtschaftlichen Altershilfe um ein halbes Jahr verschieben. Wir reduzieren die Renten nicht, wir verschieben die Anpassung um ein halbes Jahr. Das ist schmerzlich.

Aber ich bin sicher: Auch die Rentner wissen, daß es besser ist, ihre Rente ist sicher, als daß ein bankrotter Staat keinen Bundeszuschuß mehr zahlen kann.

Die Rentner wissen längst, daß ein Staat, der in der Währungsreform landet, ihnen nicht hilft.

## Argumente für die Auseinandersetzung mit der SPD

# Schmidt sollte lieber schweigen

Schmidts Ausfälle gegen die neue Bundesregierung sind gekennzeichnet von seinem Ärger über den Verlust der Macht. Der Hang zur Demagogie diktiert seine Reden. Der ehemalige Bundeskanzler hat keine Skrupel, die Schuld an der wirtschaftlich katastrophalen Lage der Bundesrepublik der Union in die Schuhe schieben zu wollen, so als sei die CDU/CSU dreizehn Jahre an der Regierung gewesen und nicht die SPD, erklärte Heiner Geißler zu den Äußerungen des ehemaligen Bundeskanzlers auf Gewerkschaftskongressen.

Schmidt verdreht die Wahrheit, wenn er jetzt den Versuch unternimmt, der neuen Bundesregierung zu unterstellen, sie vergrößere mit ihrer Politik noch die internationale wirtschaftliche Strukturkrise. Die neue Bundesregierung bemüht sich ja gerade, die Krise der eigenen Volkswirtschaft abzubauen, um auf diese Weise auch zum Abbau der schlechten internationalen Lage beizutragen.

In der gegenwärtigen Situation sollte ein Mann wie Schmidt lieber schweigen als zu agitieren. Schließlich handelt es sich in der Bundesrepublik Deutschland um eine langangelegte Wirtschaftskrise, die weit vorhersehbar war. Der ehemalige Bundeskanzler kann nicht so tun, als sei sie wie eine Naturkatastrophe über unser Land hereingebrochen.

Schmidts Schuld ist es, durch eine falsche Finanz- und Haushaltspolitik die Strukturprobleme nicht abgebaut, sondern auf das jetzige Maß mit seinen katastrophalen Wirkungen verschärft zu haben. Seine öffentlichen Auftritte sollen dazu beitragen, seinen eigenen hohen Schuldanteil zu til-

gen. Aber er kann seine Fingerabdrücke nicht mehr verwischen.

Dies ist nicht die Stunde der Agitation auf Gewerkschafts- und Verbandstagen, sondern des Zusammenhalts aller Bürger. Nur in einer sozialen Allianz von Arbeitnehmern und Unternehmern ist das schwere Erbe, das Schmidt hinterlassen hat, zu bewältigen.

Hierzu Pressestimmen  
(mit Original-Überschriften):

### Demagogie Schmidt

Was der frühere Regierungschef Schmidt mitzuteilen hatte, gehört schlicht in jenen mit Demagogie und Legendenbildung zu umschreibenden Bereich politischer Niederungen. Da werden bedenkenlos, weil politisch opportun, Vokabeln wie arm und reich, unten und oben zum anheizen einer möglichst gefühlsbeladenen Stimmung verwendet. Vernunft und Logik bleiben bewußt ausgespart. Aber Schmidt sollte sich nicht täuschen; zwar jubeln Funktionäre ihm zu, auf der anderen Seite bleibt aber die Tatsache, daß es schließlich vor allem die Facharbeiter waren, die aus handfesten Gründen seiner Partei in Scharen den Rücken gekehrt haben.

Rheinische Post, 19. 10. 1982

### Laute Worte – viel zu spät

So richtig will es nicht schmecken, daß Ex-Kanzler Helmut Schmidt jetzt schon zum zweitenmal der Bundesbank ein gerüttelt Maß Mitschuld am tiefen Abrutsch der bundesdeutschen Wirtschaft gibt. Waren es am Tag des Kanzler-Sturzes noch Forderungen nach „entschiedeneren Zinssenkungen“, so folgten nunmehr vor dem IG-Bau-Gewerkschaftskongreß genaue Zahlenangaben. Mindestens zwei bis drei Prozent niedriger könnten die langfristi-

gen Zinsen sein, hat der einstige „Wirtschaftskanzler“ den Baubeschäftigten verraten.

Wenn Helmut Schmidt das nur früher gesagt hätte — mit der Autorität des weltweit anerkannten „Wirtschaftskanzlers“. Wenn er es wenigstens durch seinen Finanzminister Hans Matthöfer erkennbar in die Zentralbank-Gespräche eingebracht hätte. Vielleicht wäre es der Bundesrepublik erspart geblieben, so tief in eine Beschäftigungskrise hineinzurutschen. Seinerzeit aber, in den letzten zwei Jahren, war aus Bonn kein Zweifel an der Frankfurter Hochzinspolitik zu hören; im Gegenteil, es wurde immer wieder „bestes Einverständnis“ erklärt. Die Kritiker des

harten Bundesbank-Kurses verkümmerten im stillen Kämmerlein wissenschaftlicher Forschungsinstitute.

Frankfurter Rundschau, 19. 10. 1982

## Schmidts überzogener Vorwurf

Es war den Zuhörern schon arg nach dem Mund geredet, als Altbundeskanzler Helmut Schmidt vor dem Kongreß der Industriengewerkschaft Bau die Zinspolitik der Notenbank attackierte. Gewiß, der Bau ist der Wirtschaftsbereich, dessen Schicksal auch vom Zins entschieden wird. Generell aber der Hochzinspolitik die Verantwortung für die Verschärfung der Arbeitslosigkeit zuzuschieben, ist überzogen. Diese Mär wird auch nicht dadurch wahr, daß

## Diese Milliarden fehlen jetzt

**Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hansjörg Häfele, hat jetzt die von der Schmidt-Regierung verheimlichten Milliarden-Löcher in den Bundeshaushalten '82 und '83 aufgedeckt. Nachfolgend die größeren Beträge:**

### Für 1982:

**5 Milliarden DM** fehlen, weil Bonn die voraussichtlichen Steuereinnahmen viel zu hoch angesetzt hat.

**1 Milliarde DM** muß der Bund an die Länder zurückzahlen, weil das Kindergeld neu geregelt wurde.

**200 Millionen DM** müssen zusätzlich an die Bundesanstalt für Arbeit gezahlt werden. Diese Summen fehlen heute, obwohl SPD-Finanzminister Lahnstein schon zusätzlich zu dem ursprünglichen Haushalt '82 weitere 8 Milliarden DM Schulden gemacht hatte.

### Für 1983:

**8 Milliarden DM** zusätzliche Zahlungen an die Bundesanstalt für Arbeit, weil

die Zahl der Arbeitslosen viel höher sein wird, als die SPD-geführte Regierung annehmen wollte.

**100 Millionen DM** Mehrausgaben beim (vorher falsch geschätzten) Wohngeld.

**100 Millionen DM** zusätzlich für Sprachförderung von Ausländern (ebenfalls falsch geschätzt).

**200 Millionen DM** Mehrausgaben für Bundesbürgschaften bei Exportgeschäften.

**30 bis 40 Millionen DM** mehr an Leistungen an die DDR.

**1 Milliarde DM** wiederum fehlende Kindergeldüberweisungen von den Ländern.

**8 bis 10 Milliarden DM** Mindereinnahmen bei den Steuern.

**Häfeles Bilanz: „Zusammengerechnet müssen wir für '82 und '83 von einem Loch ausgehen, das noch einmal, also zusätzlich zu allen bekannten Einsparungen, mehr als 25 Milliarden Mark ausmacht!“**

sie ein hochangesehener Ökonom verbreitet.

Helmut Schmidt weiß doch nur zu genau, daß es für ein Land mit freiem Geld- und Kapitalverkehr keine isolierte nationale Zinspolitik mehr geben kann, erfreulicherweise übrigens. Die Höhe des Zinses ist vielmehr eine Folge der Geldentwertungsrates im Inland — und die war bislang mit fünf bis sechs Prozent nicht gerade niedrig — sowie der Zinssätze im Ausland, namentlich in den Vereinigten Staaten. Und dort sind die hohen Sätze wiederum eine Konsequenz der massiven Teuerung. Es riecht schon nach Vorwahlkampf, wenn der stellvertretende SPD-Vorsitzende all das plötzlich nicht mehr wahrhaben wollte.

**Süddeutsche Zeitung, 19. 10. 1982**

## Schlechter Verlierer Schmidt

War es der „Verrat“ des FDP-Vorsitzenden Genscher, der ihn vom Amt des Regierungschefs entfernte, so wird nun die Bundesbank für Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit in Anspruch genommen. Sie hätte ihre Geldpolitik nur weit früher und entschiedener lockern müssen, dann hätte es für die neue Regierungskoalition keine „Erblast“ von fast zwei Millionen Arbeitslosen und einer unübersehbaren Staatsverschuldung gegeben. Der Weltökonom Schmidt will sich bei seinem Start zu dem neuen fünfmonatigen Wahlkampf vor aller Welt reinwaschen.

Das ist nicht nur die Umkehr wirtschaftlicher Vernunft, sondern auch all dessen, was aus dem gleichen Munde bisher zu hören war.

Schmidt erweist sich mit solchen Schuldzuweisungen an die falsche Adresse als ein schlechter Verlierer. Er kann es nicht verwinden, daß ihm die Macht aus den Händen gegliiten ist. Daß er an der eigenen Partei scheiterte, die die Staatsfinanzen und die Wirtschaftskraft des Landes überforderte, will er nicht wahrhaben.

**Abendpost-Nachtausgabe,  
Frankfurt, 19. 10. 1982**

## „Dolchstoßlegende“ ist widerlegt

**Die SPD hatte schon immer eine besondere Begabung im Erfinden ihrer genehmer Wahrheiten — auch wenn sich später immer herausstellte, daß es grellgeschminkte Lügen waren. Ein — vorläufig — letztes Beispiel lieferten die Genossen mit der „Dolchstoßlegende“, die die wahren Ursachen für das Scheitern Helmut Schmidts und seiner Partei vertuschen sollten: Helmut Schmidt ist an dem linken Flügel in seiner eigenen Partei gescheitert.**

**N**achfolgend eine Blütenlese — Genossen über den Genossen Schmidt. (Zusammengestellt: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Stichwort der Woche)

**Peter Conradi, 5. August 1982,  
„Vorwärts“:**

„Der Bundeskanzler tat so, als könne er ohne die SPD regieren . . .“ „Im gouvernementalen Politikverständnis dieser (von der SPD-geführten) Regierung ist kein Raum für die Kreativität und für die Begeisterungsfähigkeit der SPD und ihrer Wähler.“

„Die politische Einsamkeit, in die diese Regierung sich gebracht hat, ist erschreckend. Eine SPD-geführte Regierung, die ohne SPD regieren will.“

„. . . Bundesregierung mit ihrem autoritären Politikverständnis.“

„Der Bundeskanzler und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung haben dagegen so getan, als seien ihnen diese Beschlüsse (vom SPD-Parteitag in München) peinlich. So ernst sei das alles nicht gemeint, erklärten sie . . .“

**Oscar Lafontaine, 15. Juli 1982, „Stern“:**

„Helmut Schmidt spricht weiter von Pflichtgefühl, Berechenbarkeit, Machbarkeit, Standhaftigkeit . . . Das sind Sekun-

därtugenden. Ganz präzis gesagt: Damit kann man auch ein KZ betreiben.“

**Günter Gaus, 15. Juli 1982, „Stern“:**

„Der jetzige Kanzler ist — ohne die Reichweite von Raketen damit zu meinen — ein Mittelstreckendenker: Er ist niemals gegen den Strom geschwommen, wenn er dessen Richtung früh genug erkannte.“

„Ob er (Schmidt) insgeheim ein Anhänger von Kieps Idee eines Bürgersensats ist, der keine Parteien mehr kennt? Helmut von Papen?“

**Johanno Strasser, 15. Juli 1982,**

**„Vorwärts“:**

„Niemand in der SPD erwartet von dieser Regierung noch sozialdemokratische Politik. Seit Jahren kann davon keine Rede mehr sein.“

**Willy Brandt, 4. Juni 1982,**

**„Tagesthemen“:**

„Wenn Sie mich fragen, ich halte es für wahrscheinlich, daß Kanzler Schmidt die Chance hat, weiterzumachen. Aber wenn Sie weiter drängen und fragen, gilt das auch für die nächsten Jahre so?, — dann zögere ich. Ernsthaft, da kann niemand sicher sein.“

Liest man jetzt das Tagebuch der letzten 30 Tage von Helmut Schmidt im Kanzleramt, geschrieben von seinem Vertrauten und einstigen Sprecher Klaus Bölling, ist die „Dolchstoßlegende“, die von Schmidt und seinen Genossen erdacht worden war, widerlegt. Wahrscheinlich ungewollt und in großer Naivität bestätigt Bölling in seinem „Werk“, daß letztendlich sich Helmut Schmidt von seiner Partei, der SPD, entfernt hatte. Schmidts Hauptgegner in der Endphase der sozialliberalen Koalition waren die SPD-Linken, die ihn nur noch als politischen Gegner betrachteten, behandelten und auch so bekämpften.

Das „Tagebuch“ von Bölling/Schmidt erweist sich als Drehbuch einer großangelegten Täuschung. Herrn Bölling ist zu danken, daß er dies so unverblümt offengelegt hat.

## Ins Schwarze

„Die neue Koalition hat ihre erste politische Probe im Parlament über- und auch bestanden. In der dreitägigen Debatte war die nun in die Rolle der Opposition übergewechselte Sozialdemokratie in allen Phasen in der Defensive.

Die Sozialdemokraten waren nicht in der Lage, gegen die Regierung, gegen die Koalition eine Formation der Ebenbürtigkeit zu entwickeln und einzusetzen. Sie erschienen ohne Führung, ohne kluge Vorbereitung.

Ein strahlender sozialdemokratischer Erster könnte Schmidt nach diesen Tagen kaum mehr sein. Die ‚Verrats‘-Legende dürfte im nächsten Jahr nicht mehr ziehen.“

**Rias, Berlin, 15. 10. 1982**

★

Im SPD-Fraktionsvorstand warnte Schmidt vor der Zukunft: „Macht euch da nichts vor, richtet euch auf einen langen steinigen Weg ein.“ Der Kanzler werde auch nach dem 6. März noch Kohl heißen.

Beim Bier-Abend der Franke-Truppe ließ er nichts Gutes an Partei und Fraktion. Ein Kanaler resignierte schon: „Bei uns hat sich die Befürchtung, daß Helmut Schmidt nicht zur Verfügung steht, zur Gewißheit verdichtet.“

**Der Spiegel, 18. 10. 1982**

★

Björn Engholm (SPD) Ex-Minister sieht keine Chancen, daß seine Partei in Bonn schon bald wieder die Regierungsgeschäfte übernehmen kann. Im „Deutschen Fernsehen“ sagte Engholm: „Ich richte mich auf Opposition ein, weil ich glaube, daß dies kein nur vorübergehender Zustand sein wird. Es wäre eine falsche Einschätzung zu glauben, in drei, vier, fünf, sechs Monaten wäre alles vorbei.“

## ■ GEWERKSCHAFTEN

# Hat der DGB die Ursachen der Krise schon vergessen?

**Die Kritik des DGB an den Vorschlägen der neuen Bundesregierung zur Verringerung der Arbeitslosigkeit und zur Gesundung unserer Wirtschaft verfehlt den Kern der Probleme, vor denen wir stehen. Unsozial handelt nicht, wer sich um die Überwindung einer Krise bemüht. Unsozial handelt, wer die Krise herbeigeführt hat, erklärt der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der Bundestagsfraktion, Otto Zink.**

**W**ir bedauern, daß der DGB nicht klar die Ursachen der Krise beim Namen genannt und die alte, SPD-geführte Bundesregierung für die Folgen haftbar gemacht hat. Wir nehmen Kritik und Forderungen der Gewerkschaften ernst.

Niemand in der Union ist wie Exkanzler Schmidt der Auffassung, daß wichtige Vorschläge der Gewerkschaften „in den Aschkasten gehören“, noch sind wir so überheblich, Forderungen wie die nach einer Ergänzungsabgabe mit Spott zu übergießen, wie dies offenkundig unter sozialdemokratischen Ministern an der Tagesordnung war — nachzulesen im Tagebuch des Herrn Bölling. Dies sollten Gewerkschafter im Hinterkopf behalten, wenn sich Schmidt und andere führende Sozialdemokraten den Gewerkschaften auf ihren Kongressen andienen.

Das Prädikat: Unglaublich verdienen die Attacken, die der Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall, Steinkühler, in den letzten Tagen auf die neue Bundesregierung reitet. Sie wollen vergessen machen:

Der Anschlag auf den Sozialstaat wurde von der alten SPD-Bundesregierung geführt: Durch Mitschuld an der Zweimillionen-Arbeitslosigkeit, durch unverantwortliche Schuldenpolitik, durch eine ideologisch fehlgeleitete Wirtschaftspolitik.

Steinkühler ficht gegen Windmühlen. Weder steht die Lohnfortzahlung zur Disposition noch andere, wesentliche Rechte der Arbeitnehmer. Nichts davon steht in der Koalitionsvereinbarung. Mit seinen Angriffen auf die neue Bundesregierung macht sich Steinkühler zum Handlanger der Propaganda der SPD, die ihre Verantwortung für die Krise übertünchen will.

### Sozialausschüsse warnen IG Metall

Die Sozialausschüsse haben der Führungsspitze der IG Metall vorgeworfen, „linksfaschistische Angriffe“ auf die neue Bundesregierung zuzulassen. Unter Hinweis auf Berichte in der Gewerkschaftszeitung „Metall“, in der die Unionsvorsitzenden Kohl und Strauß beschuldigt wurden, sich „mit einem Schlag gegen die Demokratie der Macht in Bonn bemächtigt“ zu haben, appellierte CDA-Hauptgeschäftsführer Scharrenbroich an die Herausgeber der Zeitschrift, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und nicht zuzulassen, daß solche Angriffe zur künftigen Linie der Zeitschrift würden. Andernfalls, so Scharrenbroich, könne die IG Metall von der CDA nicht länger als Einheitsgewerkschaft verteidigt werden.

## ■ BUNDESTAGSFRAKTION

# Neue Fraktionsführung gewählt

**Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat folgende Fraktionsführung gewählt:**

Vorsitzender: **Dr. Alfred Dregger**

1. Stellvertreter und Vorsitzender der CSU-Landesgruppe: **Dr. Theo Waigel**

Stellvertretende Vorsitzende mit den Arbeitsbereichen:

**Benno Erhard**

Bereich 1

Recht (einschl. Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung sowie Petitionen), Inneres (einschl. Sport)

**Ignaz Kiechle**

Bereich 2

Wirtschaft, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

**Hansheinz Hauser**

Bereich 3

Finanzen und Haushalt

**Adolf Müller (Remscheid)**

Bereich 4

Arbeit, Soziales, Jugend, Familie und Gesundheit

**Volker Rühle**

Bereich 5

Auswärtiges, Verteidigung, Innerdeutsche Beziehungen, Wirtschaftliche Zusammenarbeit

**Dr. Helga Wex**

Bereich 6

Forschung und Technologie, Bildung und Wissenschaft

Parlamentarische Geschäftsführer:

1. Parlamentarischer Geschäftsführer

**Dr. Wolfgang Schäuble**

Stellvertreter des 1. Parlamentarischen Geschäftsführers:

**Dr. Wolfgang Bötsch**

Parlamentarische Geschäftsführer:

**Agnes Hürland**

**Rudolf Seiters**

Justitiare:

**Dr. Paul Mikat**

**Karl-Heinz Spilker**

Vorsitzende der Arbeitsgruppen:

1. Recht (einschl. Wahlprüfung, Immunität, Geschäftsordnung sowie Petitionen)

**Dr. Fritz Wittmann**

2. Inneres (einschl. Umwelt und Sport)

**Dr. Karl Miltner**

3. Wirtschaft

**Dr. Rudolf Sprung**

4. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

**Egon Susset**

5. Verkehr

**Günter Strassmeir**

6. Post- und Fernmeldewesen

**Gerhard O. Pfeffermann**

7. Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

**Dr. Dietmar Kansy**

8. Finanzen

**Dr. Reinhold Kreile**

9. Haushalt

**Manfred Carstens (Emstek)**

10. Arbeit und Sozialordnung  
**Dr. Haimo George**
  11. Jugend, Familie und Gesundheit  
**Hermann Kroll-Schlüter**
  12. Auswärtiges  
**Hans Klein (München)**
  13. Verteidigung  
**Willi Weiskirch**
  14. Deutschlandpolitik und Berlinfragen  
**Eduard Lintner**
  15. Wirtschaftliche Zusammenarbeit  
**Dr. Winfried Pinger**
  16. Forschung und Technologie  
**Christian Lenzer**
  17. Bildung und Wissenschaft  
**Klaus Daweke**
- Beisitzer  
des Fraktionsvorstandes:**
- Dr. Lutz Stavenhagen**
  - Gerhard Reddemann**
  - Hans Peter Schmitz**
  - Heinz Schwarz**
  - Doris Pack**
  - Reinhard Metz (Bremen)**
- Folgende Abgeordnete wurden  
als Ausschußvorsitzende  
nominiert:**
- Auswärtiger Ausschuß**  
**Dr. Werner Marx**
  - Verteidigungsausschuß**  
**Alfred Biehle**
  - Wirtschaftsausschuß**  
**Lothar Haase (Kassel)**
  - Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen  
und Städtebau**  
**Dr. Franz Möller**
  - Ausschuß für Forschung und Technologie**  
**Ludwig Gerstein**
  - Ausschuß für Jugend, Familie und Ge-  
sundheit**  
**Stefan Höpfinger**
  - Vermittlungsausschuß**  
**Dr. Manfred Langner**

**Folgende soziologische  
Gruppen der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion haben  
einen neuen Vorstand gewählt:**

**Frauengruppe**  
Vorsitzende:  
**Roswitha Verhülsdonk**

stellv. Vorsitzende:  
**Ursula Krone-Appuhn**  
**Ingrid Roitzsch**

**Kommunalpolitik**  
Vorsitzender:  
**Gerhard Braun**

stellv. Vorsitzende:  
**Willi-Peter Sick**  
**Theo Magin**  
**Franz-Heinrich Krey**  
**Horst Seehofer**

**Arbeitnehmergruppe**  
Vorsitzender:  
**Otto Zink**

stellv. Vorsitzende:  
(werden noch gewählt)

**Vertriebene und Flüchtlinge**  
Vorsitzender:  
**Dr. Herbert Czaja**

stellv. Vorsitzende:  
**Dr. Herbert Hupka**  
**Dr. Fritz Wittmann**

**Der Vorstand des Diskussionskreises  
Mittelstand bleibt weiterhin im Amt:**

Vorsitzender:  
**Hansheinz Hauser**  
stellv. Vorsitzende:  
**Matthias Engelsberger**  
**Egon Lampersbach**  
**Eberhard Pohlmann**  
**Dr. Christian Schwarz-Schilling**

Die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen ge-  
hören kraft Amtes dem Fraktionsvorstand  
an.

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
5300 BONN 1  
POSTVERTRIEBSSTÜCK  
Z 8398 C  
GEBÜHR BEZAHLT

## ■ TERMINE

28. 10. **Junge Union — Bund**  
Verleihung H.-Köppler-Preis,  
Düsseldorf
28. 10. **CDU Bund**  
BFA Sozialpolitik, Sitzung,  
Bonn, KAH
28. 10. LV Rheinland-Pfalz  
Landesvorstandssitzung  
Mainz
- 29./30. 10. Frauenvereinigung  
Westfalen-Lippe  
Seminar „Bildungsinhalte“,  
Dülmen
- 29/30. 10. LV Rheinland-Pfalz  
Landesparteitag, Lahnstein
29. 10. **CDU Bund**  
BFA Jugendpolitik, 8. Sitzung,  
Bonn, Konrad-Adenauer-Haus
29. 10. LV Berlin  
Landesvorstand mit MdB, Berlin
29. 10. LV Berlin  
Landesausschuß (5), Berlin
29. 10. LV Braunschweig  
Geschäftsf. Landesvorstand,  
Braunschweig
30. 10. CDA Westfalen-Lippe  
CDA/DGB-Arbeitsgemeinschaft,  
Dortmund
30. 10. KPV Baden-Württemberg  
Landestag, Winnenden
30. 10. Frauenvereinigung Hessen  
Delegiertentag, Gießen
30. 10. Frauenvereinigung Hessen  
Landesdelegiertentag,  
Gießen, Martinshof
30. 10. LV Schleswig-Holstein  
Jugend-Disco, Trittau
4. 11. LV Rheinland  
Landesvorstand, Oberhausen
4. 11. Junge Union Niedersachsen  
Landesvorstandssitzung,  
Hannover
- 5./6. 11. LV Rheinland  
37. Landesparteitag,  
Oberhausen/Stadthalle
- 5./6. 11. Frauenvereinigung  
Westfalen-Lippe  
Seminar „Bildungsinhalte“,  
Attendorf
5. 11. **MIT Bund**  
Bundesvorstandssitzung,  
Heidelberg
5. 11. BV Südbaden  
Bezirksvorstandssitzung,  
Hinterzarten
5. 11. LV Schleswig-Holstein  
Jugend-Disco, Husum
6. 11. LV Hessen  
Europapolitischer Ausschuß,  
Bad Nauheim
- 6./7. 11. Junge Union Niedersachsen  
Europa-Seminar, Bad Bevensen
6. 11. **MIT Bund** Fachkongreß  
„Frau im Mittelstand...“,  
Heidelberg

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.  
**Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verleger/Leitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann.  
**Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50).  
Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

# U*i*D